

PRESSESTATEMENT

Mannheim, 26. Februar 2019

Heizungsmodernisierungen in Baden-Württemberg Verbotsdebatte löst keinen Modernisierungstau

Die von der Grünen-Fraktion im baden-württembergischen Landtag vorgeschlagenen Zwangsverpflichtungen zum Austausch älterer Heizungen verbunden mit Einbauverböten sind kontraproduktiv. Darauf weist der Verband für Energiehandel Südwest-Mitte (VEH) gemeinsam mit dem Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO) hin.

„Der Klimaschutz im Gebäudebereich wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Menschen mitnehmen, die ihn umsetzen und bezahlen sollen. Statt mit Verbotsdebatten für Verunsicherung zu sorgen, sollte die Politik besser auf attraktive, einfache und technologieoffene Anreize setzen, damit Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich beschleunigt und kosteneffizient umgesetzt werden können,“ erklärt VEH-Geschäftsführer Hans-Jürgen Funke. Auch Gas- und Öl-Brennwertheizungen haben durch den zunehmenden Einsatz erneuerbarer Brennstoffe eine klimaneutrale Perspektive.

„Völlig zurecht beklagen die Grünen im Landtag, dass in Baden-Württemberg zu wenig Heizungsmodernisierungen vorgenommen werden. Sie verkennen jedoch, dass dieser Modernisierungstau auch eine Folge des aktuellen Erneuerbare-Wärme-Gesetzes ist, das die Grünen selbst entscheidend zu verantworten haben.“, so IWO-Geschäftsführer Adrian Willig. Der Erfahrungsbericht zum Wärmegesetz in Baden-Württemberg habe jüngst die Schwächen ordnungsrechtlicher Maßnahmen aufgezeigt. Die Stuttgarter Landesregierung schreibt Hauseigentümern die Einbindung erneuerbarer Energien bei der Heizungsmodernisierung vor. Dennoch ist zum Beispiel Bayern in Sachen Effizienzsteigerung und Einsatz Erneuerbarer im Gebäudebereich erfolgreicher. Zudem bestätigen Handwerker, dass Heizungskunden in Baden-Württemberg den Austausch verzögern, beziehungsweise eine Reparatur dem Heizungstausch vorziehen würden.

„Es müssen ganz klar deutlich mehr energetische Gebäudesanierungen erfolgen, um den Klimaschutz voranzubringen“, betont Willig. „Dazu müssten auch deutlich mehr alte Gas- und Ölheizungen erneuert werden.“

Der neuerliche Vorschlag der Grünen, Menschen zwangsweise zum Austausch alter Heizung zu verpflichten und Auswahlmöglichkeiten bezüglich des neuen Heizsystems deutlich einzuschränken, gefährdet die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und wirft zudem viele technische und sozialpolitische Fragen auf. Hausbesitzer müssen ja nicht nur die Motivation haben, Investitionen zu tätigen, sondern auch in der finanziellen Lage dazu sein.“ Deshalb bräuchten die Menschen finanzielle Anreize, zum Beispiel eine steuerliche Förderung, und bezahlbare Optionen zur energetischen Gebäudesanierung.

„Wollen wir die ehrgeizigen Klimaziele erreichen, können wir es uns nicht leisten, bestimmte Lösungen auszuschließen“, meint VEH-Geschäftsführer Hans-Jürgen Funke. Wichtig sei eine Steigerung der Effizienz durch neue Heizgeräte. „Modernisierungen mit Brennwerttechnik sind dabei für viele Menschen ein bezahlbarer Einstieg in die Wärmewende und sorgen für bis zu 30 Prozent weniger Verbrauch. Hier kann man mit verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln schnell viel zum Klimaschutz beitragen.“ Ein weiterer Schritt sei die Einbindung erneuerbarer Energien. Dazu zählt zum Beispiel auch die intelligente Verknüpfung von Photovoltaikanlagen mit modernen Ölheizungen. Darüber hinaus haben, so Adrian Willig, Brennwertheizungen durch den künftigen Einsatz treibhausgasreduzierter Brennstoffe, wie etwa fortschrittliche Biobrennstoffe und erneuerbare synthetische Brennstoffe, sogenannte E-Fuels, eine klimaneutrale Perspektive. „All diese Optionen sollten wir nutzen. Dafür benötigen wir Anreize und keinen Zwang oder gar Heizungsverbote.“

Pressekontakte:

Verband für Energiehandel
Südwest-Mitte e.V. (VEH)

Ingo Seeligmüller, (Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit)

Tullastr. 18, 68161 Mannheim
Telefon: 0621 411095
Telefax: 0621 415222
E-Mail: info@veh-ev.de

Institut für Wärme
und Oeltechnik e. V. (IWO)

Rainer Diederichs (Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit)

Süderstraße 73 a, 20097 Hamburg
Telefon: 040 2 51 13-884
Telefax: 040 2 51 13-884
E-Mail: presse@iwo.de